

KOMMENTAR

Warum Mittelmaß? Deutschlands Bildungsausgaben im internationalen Vergleich*

Manfred G. Schmidt

1. Fragestellung

Etwas scheint faul zu sein im Staate der Bundesrepublik Deutschland. Das Land schneidet im internationalen Leistungsvergleich ungünstiger ab als noch vor einem Jahrzehnt oder vor zwei Dekaden: Die Wirtschaft wächst seit Jahren meist nur gemächlich, die Arbeitslosigkeit hat eine beträchtliche Höhe erreicht, die durchschnittlichen Schul- und Schülerleistungen kommen im internationalen Vergleich nicht gut weg.¹ Und in einem wichtigen Feld der Zukunftsvorsorge ist die Bundesrepublik nur Mittelmaß: Davon zeugen die Bildungsfinanzen, insbesondere der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben² am Sozialprodukt. Dieser Anteil, die Bildungsausgabenquote, erreicht mit 4,35 Prozent – so die den neuesten Zahlen der Organisation für Ökonomische Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) für das Jahr 1999 – eine nur mäßige Höhe. 4,35 Prozent des Sozialproduktes ist zweifelsohne viel Geld. Doch liegt dieser Anteil unter dem Stand der Bildungsausgaben in der ersten Hälfte der 1970er Jahre.³ Zudem sind die 4,35 Prozent auch im internationalen Vergleich nur mäßig hoch. Mit ihnen rangiert Deutschland unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Der Durchschnitt liegt bei 5,0 Prozent. Die Spitzenreiter geben für die Bildung aus den öffentlichen Kassen bis zu 6,8 Prozent des Sozialproduktes, so Dänemark, dicht gefolgt von Schweden. Auch Frankreich, die USA, die Schweiz, Großbritannien und

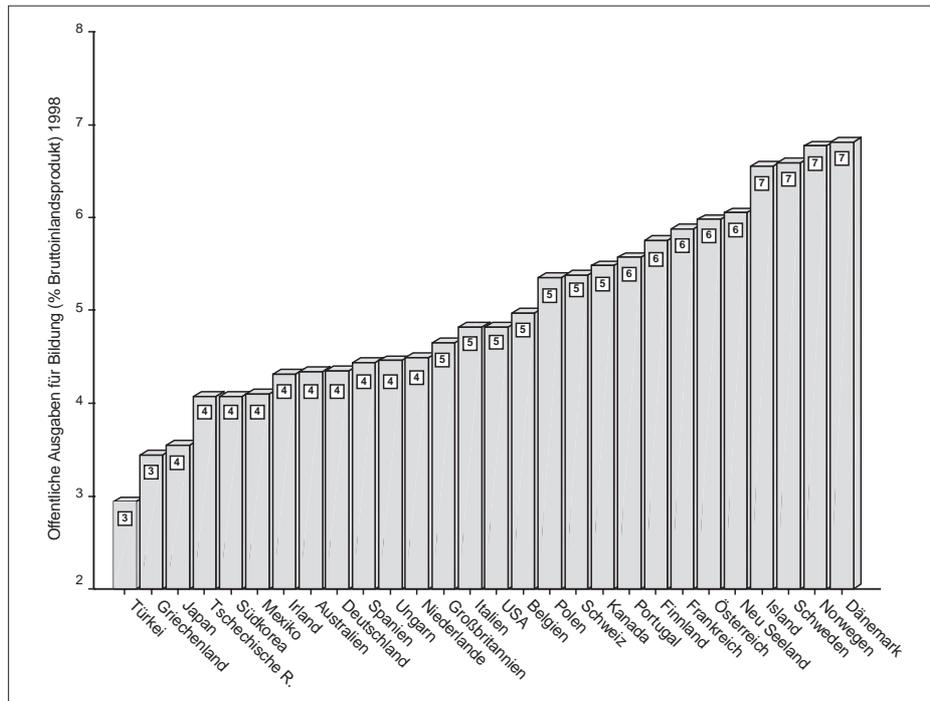
* Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete und erweiterte Fassung der Antrittsvorlesung des Verfassers an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg am 13. Dezember 2001.

1 Vgl. nur OECD (2001a) und Deutsches PISA-Konsortium (2001).

2 Zu ihnen zählen im Wesentlichen die öffentlichen Ausgaben für a) öffentliche Vorschulen, Schulen und Hochschulen, b) private Vorschulen, Schulen und Hochschulen, c) die betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Ausbildung, d) die betriebliche Weiterbildung, e) die Unterrichtsverwaltung und sonstige Bildungseinrichtungen, f) die Förderung von Bildungsteilnehmern z.B. durch das Bafög, g) die Förderung von Bildungsteilnehmern durch die Bundesanstalt für Arbeit, h) Kindergeld für Bildungsteilnehmer zwischen 19 und 25. Die unter b, c und d genannten Felder werden zusätzlich zu den öffentlichen Zuschüssen durch überwiegend private Bildungsausgaben finanziert. Vgl. (OECD 2001b), Schmidt (1999), Hetmeier/Weiß (2001).

3 Der Höchststand war 1975 mit 4,7 Prozent erreicht, so die älteren Schätzungen der Bildungsausgabenquote durch die OECD. Berechnet nach OECD 1985: 81.

Abbildung 1: Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent BIP 1998



viele andere Länder widmen dem Bildungssystem einen größeren Anteil ihres Wirtschaftsproduktes als Deutschland (vgl. Abbildung 1).

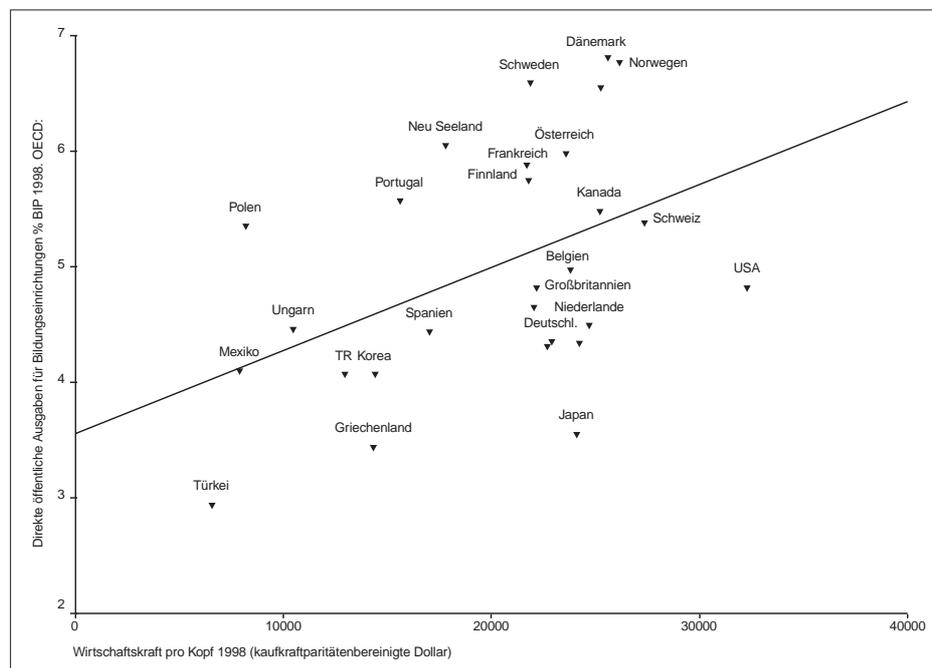
Damit nicht genug: Relativ zur hohen Wirtschaftskraft ist Deutschlands öffentliche Bildungsausgabenquote ebenfalls zu niedrig. Hiermit weicht Deutschland erheblich vom Trend in den OECD-Mitgliedstaaten ab, demzufolge die Bildungsausgabenquote mit zunehmender Wirtschaftskraft steigt.⁴ Läge Deutschland im Trend und wäre alles Übrige gleich, müsste die öffentlich finanzierte Bildungsausgabenquote hier zu Lande bei 5,2 Prozent liegen.⁵ Sie tut es aber nicht.

⁴ Je wirtschaftlich reicher ein Land, desto mehr gibt es für die Bildung aus und desto mehr Ausbildung vermittelt es den Jugendlichen, so heißt es beispielsweise bei Heidenheimer 1994: 588. Tatsächlich besteht ein starker Zusammenhang zwischen den Pro-Kopf-Bildungsausgaben und der Wirtschaftskraft eines Landes. Das belegt auch der internationale Vergleich der Bildungsausgaben in den 28 OECD-Mitgliedstaaten, für die vergleichbare Daten verfügbar sind (Basis: OECD 2001b: 80). Zudem ist auch der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Sozialprodukt in den reicheren Staaten tendenziell höher als in den weniger wohlhabenden Nationen. Allerdings weichen manche Länder vom Trend ab, z.B. wohlhabende Staaten mit einer relativ niedrigen Bildungsausgabenquote. Deutschland ist ein solcher Fall, vgl. Abbildung 2.

⁵ Schätzung auf der Basis einer linearen Regression der öffentlichen Bildungsausgabenquote auf das Pro-Kopf-Wirtschaftsprodukt im Jahre 1998. Berechnet auf der Grundlage von OECD (2001b: 80, 335). Vgl. Abbildung 2.

Warum sind Deutschlands öffentliche Bildungsausgaben nur Mittelmaß – gemessen an ihrem Anteil am Sozialprodukt, dem Wert der in einem Jahr gefertigten Güter und Dienstleistungen? Das ist die Leitfrage dieses Beitrags. Beantwortet wird diese Frage anhand von Erkundungen der Lage in Deutschland. Zudem fließen Ergebnisse eines – in den nächsten Jahren noch zu vertiefenden – internationalen Vergleichs mit ein. Dieser Vergleich erfasst im Wesentlichen die demokratischen Verfassungsstaaten in Westeuropa und Nordamerika, ferner Japan, Australien, Neuseeland und einige der neuen Mitgliedstaaten der OECD wie Polen, die Tschechische Republik und Südkorea.⁶

Abbildung 2: Öffentliche Bildungsausgaben und Wirtschaftskraft 1998



$r = 0.45$

2. Ein statistisches Kunstprodukt?

Bevor die Suche nach Erklärungsfaktoren für Deutschland Bildungsfinanzen begonnen wird, ist die Prüfung eines Verdachtes erforderlich. Die Mittelmäßigkeit der öffentlichen Bildungsausgaben hier zu Lande, so mutmaßen manche, sei womöglich ein Kunstprodukt der Statistik, das unterschiedlichen Definitionen, Erhebungen und Auswertungsmethoden der verschiedenen nationalen statistischen Ämter erwachse.

⁶ Vgl. die in Abbildung 1 erwähnten Länder.

Tatsächlich sind die Indikatoren der Bildungsfinanzen noch nicht voll harmonisiert. Noch werden insbesondere die Bildungsausgaben der Privathaushalte, z.B. für Lernmittel, musische Bildung und Nachhilfe, unvollständig erfasst.⁷ Zudem fehlen in den Angaben für Deutschland die Ausgaben für die Ausbildung der Beamtenanwärter. Auch mangelt es an regelmäßigen Erhebungen der Ausgaben und Einnahmen der privaten Schulen und Kindergärten. Deshalb schließen Fachleute der Bildungsstatistik nicht aus, „dass zumindest ein Teil der Abweichungen“ der deutschen Bildungsausgaben „nicht durch Unterschiede im Mittelaufkommen begründet (...), sondern auf Lücken im statistischen Nachweis bzw. auf Unterschiede in der Berechnungsmethodik zurückzuführen ist“ (Schmidt 1999: 413).

Aber das ist der kleinere Teil, so kann man mit sehr hoher Sicherheit sagen. Denn die international vergleichende Statistik der Bildungsfinanzen ist mittlerweile vollständiger und viel besser vergleichbar als noch vor einem Jahrzehnt. Vor allem die Bestrebungen der OECD und der UNESCO zur Erweiterung und Harmonisierung der Bildungsstatistik (Schmidt 1999: 414) haben Früchte getragen. Die entscheidende Neuerungen der statistischen Dokumentation der Bildungsinvestitionen liegen in zweierlei: Die öffentlichen Bildungsausgaben werden systematischer und einheitlicher als zuvor erfasst. Ferner registriert die Statistik zusätzlich zu den öffentlichen die privaten Bildungsausgaben. Das verändert das Bild, das die staatlichen Bildungsausgaben zeichnen, beträchtlich.⁸

3. Größenordnung und Einfluss der privaten Bildungsausgaben

Zwei Befunde des internationalen Vergleichs der privaten Bildungsausgaben verdienen besondere Erwähnung.

Erstens: Die Quote der öffentlichen Bildungsausgaben korreliert invers mit der Quote der privaten Bildungsinvestitionen.⁹ Im Klartext: Je höher der Anteil der privaten Bildungsausgaben am Sozialprodukt, desto tendenziell niedriger der Anteil der staatlichen Bildungsfinanzierung. Und je niedriger die private Bildungsausgabenquote, desto tendenziell stärker engagiert sich der Staat bei der Finanzierung des Bildungswesens.

Zweitens: Die privaten Bildungsausgaben sind von Land zu Land unterschiedlich hoch. Am höchsten ist ihr Anteil am Sozialprodukt in Südkorea. Dort gelten Investitionen in das „Humankapital“, auch die private Bildungsinvestition, als zukunftsweisend und zugleich als Schwerpunkt der Sozialpolitik – wie auch in allen anderen wachstumsstarken Ländern Ostasiens (vgl. Rieger/Leibfried 1999). Beträchtliches Gewicht haben die privaten Bildungsausgaben zudem in den USA, in Japan, Australien und Kanada, also in Staaten, die Nachzügler der Sozialpolitik sind (vgl. Obinger/Wagschal 2000), dafür aber mehr in die Bildung investierten (vgl. Heidenheimer 1981).

⁷ Man schätzt diese Investitionen in Deutschland auf 7 bis 10 Mrd. DM (Hetmeier/Weiß 2001: 43) – ein beachtlicher Ausgabenbereich, der aber nicht grundlegend an der Einstufung der deutschen Bildungsausgaben als mittelmäßig rüttelt.

⁸ Vgl. die Abbildungen 1 und 3.

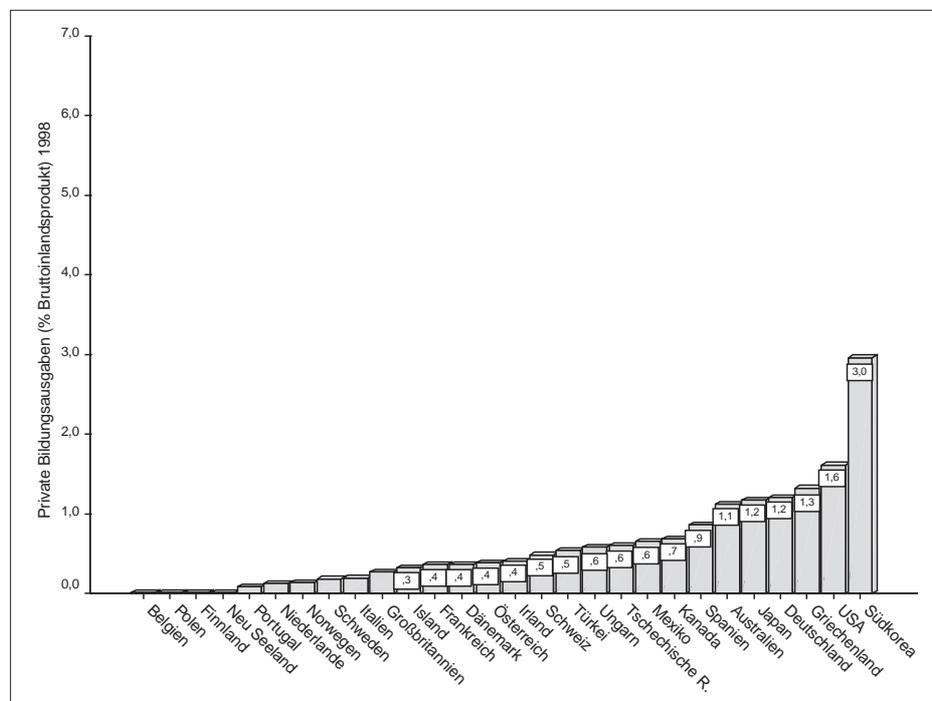
⁹ Die Korrelation beträgt im Vergleich von 20 OECD-Mitgliedstaaten im Jahre 1998 $r = -0.50$.

Wichtig sind die privaten Bildungsausgaben überdies in der Bundesrepublik Deutschland: Dort umfassen sie 1,2 Prozent des Sozialprodukts, also mehr als ein Viertel der öffentlichen Bildungsausgaben. Wer profitiert von den privaten Bildungsausgaben in Deutschland? Mehr als die Hälfte entfällt auf die betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung, die in Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft, insbesondere von Berufsschulen und Betrieben, erbracht wird (nämlich 53 Prozent 1998). Auf dem zweiten und dem dritten Platz folgen die betriebliche Weiterbildung und die private vorschulische Erziehung.

Fügt man die privaten Bildungsausgaben den öffentlichen hinzu, erscheint die Bildungspolitik der Bundesrepublik in milderem Licht: öffentliche und private Bildungsausgaben addieren sich immerhin zu 5,55 Prozent des Sozialproduktes. Die überdurchschnittliche private Bildungsfinanzierung lindert demnach die Mittelmäßigkeit der öffentlichen Bildungsausgaben hier zu Lande. Das legt eine erste Antwort auf die Frage nahe, warum die staatliche Bildungsfinanzierung in Deutschland nur mäßige Höhe erreicht: Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass die Politik auf einen hohen Beitrag der privaten Bildungsinvestitionen setzt und setzen kann.

Doch selbst der Anteil der öffentlichen *und* privaten Bildungsausgaben am Sozialprodukt in Deutschland liegt unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Zudem ist auch dieser Anteil relativ zur Wirtschaftskraft des Landes zu niedrig. Der Staat hält sich bei der Finanzierung des Bildungswesens in Deutschland demnach so zurück, dass

Abbildung 3: Private Bildungsausgaben in Prozent BIP 1998



das Mittelmaß selbst von den beachtlichen privaten Bildungsinvestitionen nicht entscheidend gemindert wird.

4. Quellen der öffentlichen Bildungsausgabenquote in Deutschland

Warum also Mittelmaß trotz beachtlicher privater Bildungsinvestition? Bei der Erforschung der Gründe hilft die Unterscheidung weiter, die Mancur Olson in seinem Werk *Aufstieg und Niedergang von Nationen* nutzbringend angewendet hat: die Unterscheidung zwischen „Quellen“ (oder Oberflächen-Ursachen) der wirtschaftlichen Entwicklung und tief verankerten gesellschaftlichen und politischen Fundamenten des Wirtschaftswachstums.¹⁰

Diese Unterscheidung nützt auch der Erkundung der Bildungsausgaben.

Informationen über ihre Quellen zeigen beispielsweise Folgendes: Der Primarbereich und der untere Sekundarbereich in Deutschland werden unterdurchschnittlich finanziert – gemessen an der Bildungsausgabenquote für diese Sektoren (vgl. OECD 2001b: 81).¹¹ Der obere Sekundarbereich hingegen wird finanziell überdurchschnittlich gut ausgestattet (vgl. OECD 2001b: 82). Der Tertiärbereich hingegen ist beträchtlich unterfinanziert (vgl. OECD 2001b: 81f.),¹² und zwar sowohl hinsichtlich der öffentlichen wie auch der privaten Bildungsausgaben (vgl. OECD 2001b: 81). Davon können die Hochschulen ein Lied singen, allen voran die westdeutschen Universitäten: Gemessen an international vergleichenden Zahlen und an der Entwicklung der Ausgaben pro Studierenden sind sie erheblich unterfinanziert.¹³

10 Die Erkundung der „Quellen“ des Wachstums, beispielsweise der Kapitalakkumulation, der Sparquote oder des technischen Fortschritts, so führte Olson aus, informiere zwar zulässig über Ursprünge des Wirtschaftswachstums, aber nicht über dessen tiefer liegenden Ursachen: „they trace the water in the river to the streams and lakes from which it comes, but they do not explain the rain. Neither do they explain the silting-up of the channels of economic progress ...“ (Olson 1982: 4).

11 Die Werte liegen bis zu 20 Prozent unter dem OECD-Durchschnitt, berechnet nach OECD (2001b: 81). An dieser Stelle werden Querverbindungen zwischen den nur mäßig hohen Bildungsausgaben und den unterdurchschnittlichen Lese-, Mathematik und Naturwissenschaftskompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland (Deutsches PISA-Konsortium 2001: 107, 173, 229) besonders gut sichtbar. Intensivere Förderung von Basiskompetenzen der Schüler und Schülerinnen erfordert – neben vielen günstigeren Umfeld-, Lehr- und Lernbedingungen – eine erheblich bessere Finanzausstattung des Ausbildungswesens, als sie Deutschland bislang hat. – Im Übrigen sind, ohne den Zusammenhang als Grundfolge-Beziehung deuten zu wollen, die Korrelationen zwischen der Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung und durchschnittlichen Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern in den hier untersuchten Ländern beachtlich ($r = 0.46$, $N = 26$, Signifikanz: 0.02). Gleiches gilt für die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben pro Kopf ($r = 0.49$, $N = 26$, Signifikanz: 0.01) und mit Abstrichen für den Anteil der (öffentlichen und privaten) Bildungsausgaben am Sozialprodukt ($r = 0.31$, $N = 26$, Signifikanz allerdings nur 0.12). Zu den Fällen: Abbildung 1 und Deutsches PISA-Konsortium (2001).

12 Auf ihn entfallen 0,97 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, in allen OECD-Staaten im Durchschnitt 1,06 Prozent und in Schweden 1,49 Prozent. Bei diesen Daten handelt es sich um öffentliche Ausgaben. Quelle: OECD (2001b: 81f.).

13 Vgl. Hetmeier/Weiß' Ergebnis der Analyse von Ausgaben für den Hochschulbereich: „Bezogen

Die Mittelverteilung im deutschen Bildungswesen bevorzugt den oberen Sekundarbereich (so auch Hetmeier/Weiß 2001: 49f.). Ferner bevorzugt sie die berufliche Bildung,¹⁴ die finanziell erheblich aufwändiger als die Ausbildung in der gesamten Hochschullandschaft ist (vgl. Hetmeier/Weiß 2001: 41).¹⁵ Diese Zahlen spiegeln ein typisches Muster der deutschen Bildungspolitik wider: Eines ihrer Zentren, ihrer Finanzierungsschwerpunkte und ihrer relativen Stärke liegt in der Ausbildung für die mittleren bis höheren Berufspositionen einer klassischen Industriegesellschaft. Schwächen zeigt die Bildungsfinanzierung vor allem unterhalb wie oberhalb der Mitte; Schwächen hat sie dort, wo es nicht nur um Industriegesellschaft, sondern auch um Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft geht.

Auch die Entlohnung der Lehrkräfte in Deutschland ist berichtenswert. Im Unterschied zur mittelmäßigen Finanzausstattung des Bildungswesens ist die Entlohnung der hauptangestellten Lehrkräfte hier zu Lande, der internationale Vergleich lehrt es, nicht mittelmäßig, sondern ausgezeichnet. Nach Lohn und Gehalt zu urteilen, lehrt es sich in Deutschland ziemlich gut – besser nur in der Schweiz und in Japan. Das kann man den Lehrergehältern im Primarbereich und im Sekundarbereich abnehmen, die im OECD-Länder-Vergleich vordere Positionen einnehmen.¹⁶ Deutschlands Bildungsfinanzierung setzt somit Prioritäten bei den Gehältern und bei der arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung der hauptamtlichen Lehrkräfte. Erkauft wird dies durch engere Personalausstattung – im Unterschied zu Staaten wie Großbritannien, wo mehr in die bessere Personalausstattung des Bildungswesens investiert wird, allerdings bei niedrigeren Löhnen. Die kürzere Personaldecke in Deutschland ist allerdings nicht ohne Kosten zu haben. Sie verknüpft die Zugangschancen für arbeitssuchende Lehramts- und Professurkandidaten, und die knappe Personaldecke äußert sich in – im internationalen Vergleich ungünstigen – Schüler-Lehrer-Relationen im Primarbereich und im Sekundarbereich I (vgl. OECD 2001b: 25).¹⁷ Ganz zu schweigen von der Überlast der Universitäten, insbesondere der ungünstigen Zahlenrelationen zwischen Studierenden und Universitätsprofessoren in den Geisteswissenschaften und in einem Teil der Sozialwissenschaften.¹⁸

auf die Studierenden an Hochschulen in der Trägerschaft der Länder wurden 1998 19.400 DM aufgewendet, 1975 14.300 DM. Dies entspricht einer nominalen Steigerung von 35,9%, real jedoch einem Rückgang von 31,2%“ (Hetmeier/Weiß 2001: 51). Noch gravierender ist der Rückgang im alten Bundesgebiet. Dort werden nominal nur 16.700 DM im Jahr 1998 pro Student ausgegeben. Das entspricht einem preisbereinigten Minus von 40,2 Prozent (berechnet nach den Angaben ebd.). Noch größer war der Rückschritt in den Universitäten, was ersichtlich wird, wenn man von den berichteten Zahlen die Zahlen für die (ausbildungsintensiven) Fachhochschulen abzieht.

14 Mit 33,4 Mrd. 1998, Hetmeier/Weiß (2001: 41), leicht abweichend ebd. 45 (30,1).

15 Nicht berücksichtigt sind die – rund 15 Mrd. umfassenden – Mittel für Forschung und Entwicklung der Hochschulen.

16 Nach OECD (2001b: 25) rangiert Deutschland bei dieser Messlatte auf Platz 3 hinter der Schweiz und Japan. Zu Grunde gelegt wird ein Lehrergehalt nach 15 Jahren Berufserfahrung in kaufkraftbereinigten US-Dollar.

17 Das ist eine weitere ungünstige Rahmenbedingung für die Vermittlung von Basiskompetenzen der Schülerinnen und Schüler.

18 Ein Beispiel: Im Fach Politikwissenschaft der Universität Heidelberg sind im Wintersemester 2001/2002 867 Hauptfachstudierende eingeschrieben (Zentrale Universitätsverwaltung der

5. *Tiefer liegende Ursachen der Bildungsausgaben in Deutschland*

Weiter oben wurde mit Olson zwischen Quellen und Ursachen der Bildungsausgaben unterschieden, bislang aber wurden größtenteils nur die Quellen erörtert. Die genauere Erklärung der Bildungsfinanzen bedarf jedoch des tiefschärferen Blickes auf ihre politischen und gesellschaftlichen Fundamente. Bei der Suche nach den Fundamenten helfen Theorien der Erforschung benachbarter Politikfelder weiter, so beispielsweise die Lehre, dass die Staatstätigkeit in beträchtlichem Maße vom sozial-ökonomischen und demographischen Problemdruck geprägt sei.¹⁹

5.1 Bevölkerung im Ausbildungsalter, Bildungsbeteiligung und Bildungsausgabenquote

Diese Lehre hilft auch bei der Erkundung der Bildungsfinanzen weiter. Zwei Befunde aus ihrer Überprüfung sind besonders erwähnenswert.

a) Alle bildungswichtigen Altersgruppen sind in Deutschland mittlerweile unterdurchschnittlich besetzt – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil. Größenordnungsmäßig liegen sie bis zu 25 Prozent unter dem Durchschnitt der OECD-Länder.²⁰ Insoweit ist die Nachfrage nach Bildungsfinanzierung hier zu Lande wegen fortgeschrittener Alterung der Gesellschaft geringer als dort, wo die Altersgruppen im Ausbildungsalter einen größeren Bevölkerungsanteil stellen, so in Nordamerika oder in Frankreich. Damit ist – neben den privaten Bildungsausgaben – ein zweiter Faktor identifiziert, der verständlicher macht, warum die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland so niedrig sind: die unterdurchschnittliche Größe der Altersgruppen im Ausbildungsalter.²¹

b) Ein weiterer Erklärungsfaktor liegt in der Bildungsbeteiligung im tertiären Sektor des Bildungswesens, also im Fachhochschulwesen und in den Universitäten: Trotz Bildungsexpansion liegt die Bildungsbeteiligung in Deutschland unter dem Durchschnitt der OECD-Länder (vgl. OECD 2001b: 77, 155). Auch das entlastet die öffentlichen Bildungsfinanzen hier zu Lande und trägt zur Erklärung ihrer mäßigen Höhe bei.²²

Universität Heidelberg v. 29.11.2001). Für diese 867 sind vier Universitätsprofessoren zuständig, also ein Professor für mehr als 200 Studierende. Die 224 Nebenfach-Studierenden sind noch nicht einmal mitgezählt. Die Zahlenrelationen künden von einem Missverhältnis, das universitätsweit unübertroffen ist und meine Professorenkollegen aus Großbritannien und den USA regelmäßig fassungslos macht.

19 Als Überblick über die Theorien: Schmidt (2001), wo zwischen a) der sozioökonomischen Schule, b) der Machtressourcentheorie, c) der Parteidifferenzlehre, d) dem politisch-institutionalistischen Ansatz, e) der Lehre von den Wechselwirkungen nationalstaatlicher, internationaler und supranationaler Politik und f) der Theorie der Politik-Erblast unterschieden wird (ebd.: 11–16).

20 Der Vergleich umfasst auch die wirtschaftlich ärmeren Mitgliedstaaten Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Mexiko, Südkorea und Türkei. Aber auch ohne diese Länder bleibt der Hauptbefund stabil: die bildungsrelevanten Altersgruppen sind in Deutschland in der Regel unterdurchschnittlich besetzt.

21 Der erste Faktor ist die überdurchschnittlich hohe private Bildungsausgabenquote.

22 Zur Quantifizierung dieses Effektes OECD (2001b: Tabelle B 2.4.C, S. 78). Dieser Schätzgröße zufolge wäre die öffentlichen Bildungsausgabenquote in Deutschland um 0,2 Prozentpunkte (BIP-Anteil) höher.

Das weckt Neugier: Warum hinkt die Bildungsbeteiligung in Deutschland anderen Ländern hinterher? Mitverantwortlich ist die große Bedeutung der beruflichen Bildung (vgl. Heidenheimer 1994: 588; ferner OECD 2001b: 143). Durch Berufsausbildung in den Betrieben und den Berufsschulen wird ein erheblicher Teil der deutschen Jugendlichen im Alter von 15 in einen Ausbildungsgang gelenkt, der eine Lehrstelle mit schulischer Ausbildung in der Berufsschule verknüpft. Nach Beendigung der Schulpflicht verlassen diese Jugendlichen die Vollzeitschule. Im Unterschied zu Deutschland und den wenigen anderen Staaten mit einem ähnlichen Berufsbildungssystem (wie die Schweiz, Österreich, die Niederlande) haben die Jugendlichen in anderen Ländern nicht die Wahl einer beruflichen Ausbildung nach deutschem Muster. Sie strömen nach dem Ende der Schulpflicht entweder direkt in die Betriebe oder – in stärkerem Maße als in Deutschland – in die weiterführenden Schulen und die Universität.

5.2 Zusammenhänge zwischen der öffentlichen Bildungsausgabenquote von 1998 und ihren gesellschaftlichen und politischen Fundamenten: Konfessionelle Zusammensetzung, Gewerkschaftsmacht und Regierungsparteien

Zu den Grundlagen der öffentlichen Bildungsausgaben zählen viele andere Größen. Die Höhe der staatlichen Bildungsausgaben variiert beispielsweise, der internationale Vergleich lehrt es, mit der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung, der Stärke der Gewerkschaften und mit der Färbung der Regierungsparteien, insbesondere mit der Regierungsbeteiligung von Linksparteien.²³ Wie lässt sich aus diesen Korrelationen des internationalen Vergleichs ein Reim machen? Viererlei verdient hier Beachtung.

Erstens: Es handelt sich jeweils um statistische Beziehungen, nicht um deterministische Grund-Folge-Ketten. Es gibt demnach erhebliche Abweichungen von den Trends.

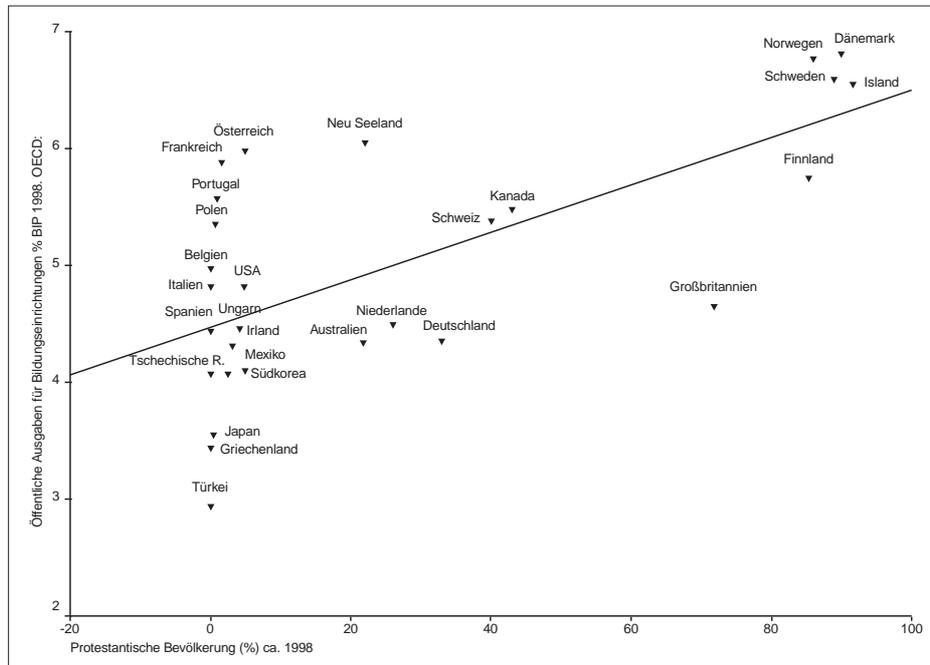
Zweitens: Konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung und Macht der Gewerkschaften erklären nicht aus sich heraus die Höhe der Bildungsausgaben. Doch die Korrelationen verweisen auf mittelbare Zusammenhänge. Dass der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben am Sozialprodukt in den protestantischen Ländern überdurchschnittlich hoch ist,²⁴ vor allem in Nordeuropa, hängt mit dem herrschenden Staatsverständnis zusammen, das die Hauptzuständigkeit für Sozialpolitik und Bildung beim Staat verortet, nicht bei der Gesellschaft. Auch der auffällige statistische Zusammenhang zwischen Bildungsausgaben und gewerkschaftlichem Organisationsgrad²⁵ verweist auf ein tiefer liegendes Muster. Hochorganisierte Gewerkschaften neigen aus ureigenem Interesse, so lehrt Olsons Theorie der umfassenden Organisationen (vgl. Olson 1982: 47–53, 90–93), zu weniger kurzfristigen Lösungen als schwächere Gewerkschaftsverbände. Schwache oder mittelstarke Gewerkschaften, wie in Deutschland, neigen hinge-

²³ Vgl. die Abbildungen 4, 5 und 6.

²⁴ Die Korrelation der öffentlichen Bildungsausgabenquote mit dem Protestantenanteil an der Bevölkerung beträgt im Vergleich von 28 OECD-Mitgliedstaaten im Jahre 1998 $r = 0.67$.

²⁵ Die Korrelation der öffentlichen Bildungsausgabenquote mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad an der Bevölkerung (Messung zu Beginn der 1990er Jahre, Quelle: OECD 1994: 10) beträgt im Vergleich von 23 OECD-Mitgliedstaaten (ohne die neuen Mitgliedstaaten, für die keine vergleichbaren Daten erhältlich sind) im Jahre 1998 $r = 0.61$.

Abbildung 4: Bildungsausgabenquote und Konfessionsstruktur 1998



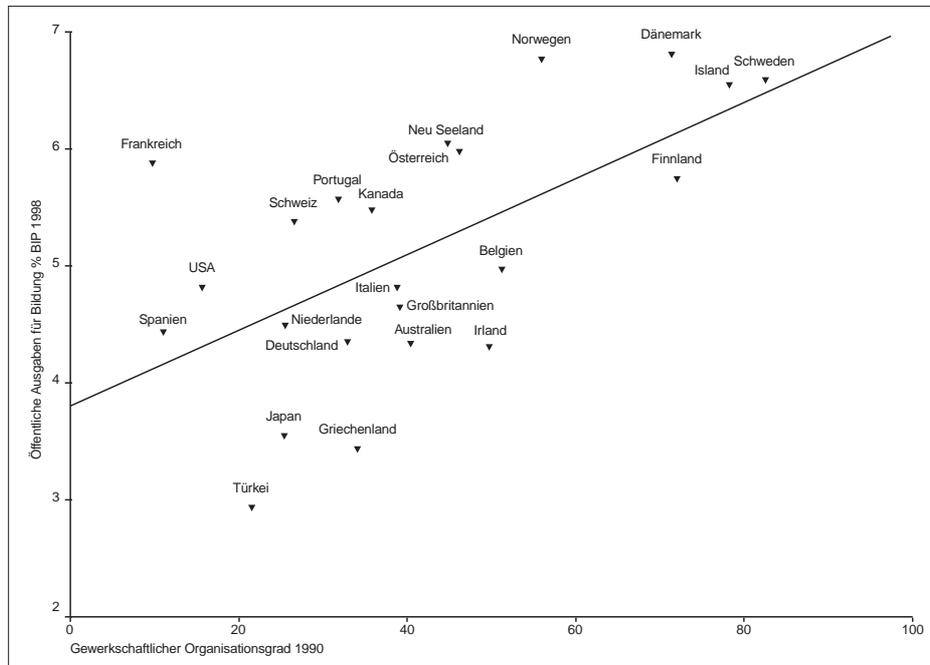
$r = .67$

gen meist zu Lösungen, die für Allgemeininteressen wenig und für die eigenen Sonderinteressen viel abwerfen. So scheint das auch in der Bildungspolitik zu sein. Hochorganisierte Gewerkschaften, wie in Nordeuropa, freunden sich eher mit dem flächendeckenden Ausbau des Bildungswesens und mit üppiger Ressourcenausstattung desselben an. Schwächere oder mittelstarke Gewerkschaften, wie in Deutschland, favorisieren hingegen hauptsächlich den Ausbau des betriebsnahen und gewerkschaftsnahen Systems der dualen Berufsausbildung und streiten ansonsten für hohe Löhne, Arbeitsplatzsicherheit, viel Freizeit und lange Ferien für Arbeitsplatzbesitzer.

Drittens sind die Beziehungen zwischen den drei erwähnten Schlüsselgrößen wichtig, also Konfession, Gewerkschaftsmacht und Regierungsparteien. Der Zusammenhang ist – in aller Kürze – so beschaffen: In protestantischen Ländern begünstigten die gesellschaftlichen Konfliktstrukturen den Aufstieg starker Linksparteien und starker Gewerkschaften. In konfessionell gemischten Ländern hingegen erwiesen sich die religiöse und die konfessionelle Spannungslinie als Hindernis für Linksparteien und Gewerkschaften und als ein Mechanismus, der das Emporkommen starker Mitte-Parteien christdemokratischer Zugehörigkeit im Parteiensystem und an der Regierung begünstigte.

Viertens: Ein besonders wichtiger Faktor unter den drei erwähnten Größen – Konfession, Gewerkschaftsmacht und Regierungsparteien – ist die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung. Folgt man der Parteiendifferenzlehre, einer bewährten

Abbildung 5: Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent BIP 1998 und gewerkschaftlicher Organisationsgrad in den neunziger Jahren

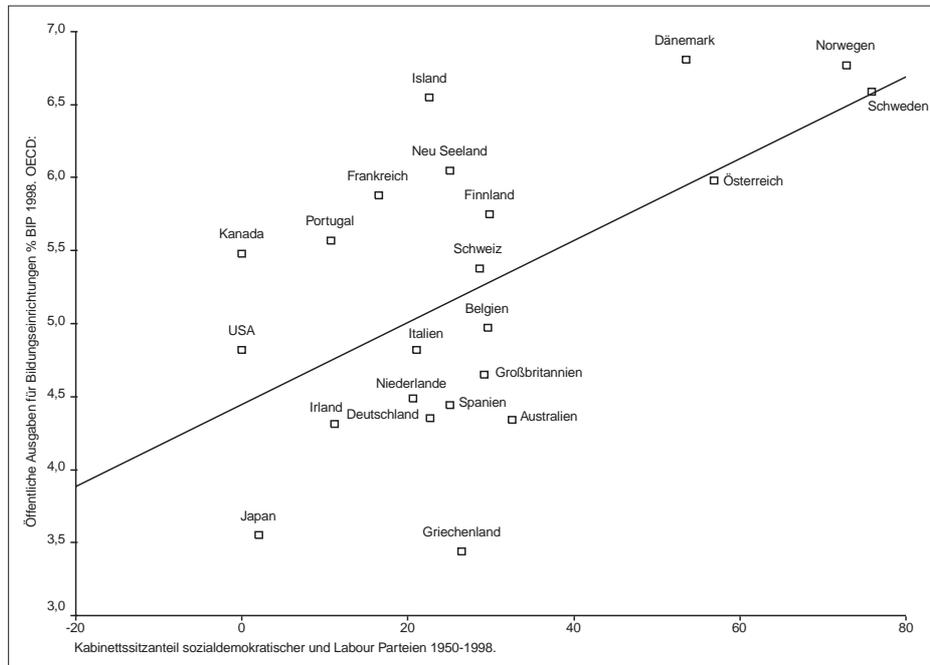


$r = 0.61$

Theorie zur Erklärung von Staatstätigkeit (vgl. Schmidt 2002), sind enge Zusammenhänge zwischen den Bildungsfinanzen und der parteipolitischen Färbung der Regierungen zu erwarten (vgl. z.B. Schmidt 1980; Castles 1998: 180–194). Der internationale Vergleich bestätigt dies: Als besonders spendabel erweisen sich in der Bildungspolitik vor allem die zentralstaatlichen Regierungen aus Linksparteien. Die Linksregierungen geben insgesamt mehr für das Bildungswesen aus der Staatskasse als die konservativ-säkularen Regierungsparteien oder die christdemokratischen Mitteparteien, die diesbezüglich uneinheitlicher handeln.²⁶ Ähnliche Ergebnisse förderte ein Vergleich der Bildungsausgaben in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland vor 1990 zu-

²⁶ Der statistische Zusammenhang zwischen Linksparteien (gemessen durch den Kabinettsitzanteil der sozialdemokratischen Parteien und Labour Parteien 1950–1998) und Bildungsfinanzen ist relativ stark und statistisch überzufällig: Je länger und stärker die Linksparteien im Zeitraum von 1950 bis 1998 an den zentralstaatlichen Regierungen beteiligt waren, desto tendenziell höher wurde der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben am Sozialprodukt. Und je geringer die Linksparteien regierungsbeteiligt waren, desto tendenziell kleiner wurde der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Sozialprodukt. So der Befund des internationalen Vergleichs der demokratischen OECD-Länder für 1998. Der Korrelationskoeffizient beträgt $r = 0.58$, $N = 23$. Berücksichtigt werden nur die 23 OECD-Mitgliedstaaten, die seit mindestens zwei Jahrzehnten zum Kreis der verfassungsstaatlichen Demokratien zählen.

Abbildung 6: Bildungsausgabenquote und Linksparteien an der Regierung



$$r = 0.58$$

tage (vgl. Schmidt 1980: 61ff., 73, 75, 78f., 92ff., 96ff.).²⁷ Die Bildungsausgabenquote in den neuen Ländern hingegen ist unverhältnismäßig hoch²⁸ – infolge des relativ geringen Sozialproduktes im Osten und auf Grund der großzügigen Umverteilung von Finanzmitteln von den westdeutschen an die ostdeutschen Länder.²⁹

Schwerer als die Linksgierungen tun sich die Mitte-Regierungen mit der staatlichen Bildungsfinanzierung, so insbesondere die von christdemokratischen Parteien geführten Regierungen. Einerseits lockte die staatliche Bildungsfinanzierung auch sie. Vom Ausbau der Bildungschancen von Staats wegen konnte man wählerwirksame Politik und Eindämmung der Ungleichheit zwischen den Konfessionen erwarten, die insbesondere in Deutschland die katholische Bevölkerung benachteiligt hatte. Obendrein waren die Unionsparteien an führender Position bei der Öffnung und beim Ausbau des Bildungswesens in den 1960er und frühen 1970er Jahren beteiligt. Andererseits kollidiert die staatliche Bildungsfinanzierung mit dem Subsidiaritätsprinzip, dem Vorrang für die kleineren Netze vor den großen, das in den Unionsparteien tief verankert ist. Das bremste die Neigung zur staatlichen Bildungsfinanzierung und schwächte den

²⁷ Allerdings sind diese Befunde im Lichte der Entwicklungen seit den 1980er Jahren zu überprüfen.

²⁸ Berechnet auf der Grundlage von Statistisches Bundesamt (2001: 164; 38f.); Statistisches Bundesamt (1999: 38f.).

²⁹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2001: Tabelle 1.

expansiven Impuls von den Unionsparteien auf die Bildungsfinanzen. Und weil andererseits die ausgabenfreudigere SPD in den Ländern seit 1949 rund die Hälfte der Regierungsmacht ausübte, im Bund nur rund ein Viertel, war der Linksparteienimpuls für die Bildungsfinanzen in Deutschland ebenfalls meist nur von mittlerer Stärke – im Unterschied zu den nordischen Staaten, wo den Bildungsfinanzen ein kräftiger Linksparteienimpuls zugute kam.

Somit ist ein weiterer Faktor identifiziert, der zur Erklärung der relativ niedrigen Bildungsausgabenquote beiträgt: die parteipolitische Färbung der Regierungsparteien.

5.3 Der Einfluss des Föderalismus und der Programmkonkurrenz auf die Bildungsausgaben

Bildungsausgabenpolitik ist nicht nur Spielball von Nachfrage, Kräfteverteilung und Parteienwettbewerb. Geprägt wird die Bildungsausgabenneigung überdies von politisch-institutionellen Rahmenbedingungen. Ein bildungspolitisch besonders wichtiger institutioneller Faktor ist der Unterschied zwischen Einheitsstaat und Bundesstaat. In den Einheitsstaaten dominiert meist die zentralstaatliche Ebene die Bildungspolitik, in den Bundesstaaten dominieren die Gliedstaaten das Bildungswesen, so auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bildungspolitik in Deutschland steht demnach im Zeichen des Bundesstaates. Föderalismus verschreiben die Verfassungsarchitekten gemeinhin als Rezept zur Machtaufteilung und zur Zügelung der Steuer- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände. So die Theorie. Die Praxis in Deutschlands Föderalismus hingegen ist zweideutig. Der Föderalismus der Bundesrepublik hat als „sozialer Bundesstaat“, so der Grundgesetzartikel 20 I, den Auf- und Ausbau eines umfassenden Sozialstaates nicht wesentlich behindert und somit vor allem den Sozialausgaben eine viel größere Bedeutung als zuvor verschafft.³⁰

Anders ist der Sachverhalt bei den Bildungsausgaben. Diese werden in Deutschland größtenteils aus den Haushalten der Länder finanziert. Doch die Länderhaushalte sind seit Jahr und Tag in chronischer Finanznot. Die Finanznot der Länder hat viele Ursachen. Unter anderem schultern die Länder als Hauptzuständige für die Staatsverwaltung einen besonders hohen Personalkostenanteil. Zur Finanznot der Länder trägt ferner bei, dass die Landesgesetzgeber im Unterschied zum Bundesgesetzgeber einen wichtigen Teil ihrer Aufgaben nicht aus Sozialbeiträgen oder Sozialbeitrags erhöhungen fi-

³⁰ Die Gründe liegen – erstens – in der Existenz zweier großer Sozialstaatsparteien im Lande, CDU/CSU und SPD, die dazu neigen, sich sozialpolitisch wechselseitig zu überbieten, und zweitens in der Finanzierungsweise der Sozialpolitik in Deutschland. Finanziert wird sie zu knapp zwei Dritteln aus den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und zu rund einem Drittel aus Steuern, hauptsächlich aus den Kassen des Bundes. Nur rund 10 Prozent aller gesamtstaatlichen Sozialausgaben entfallen auf die Haushalte der Länder (Schätzung aller 2001, vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1998: 257). Auf Grund ihrer weitgehenden Befreiung von der Finanzierung der Sozialpolitik haben die Länderregierungen wenig gegen großzügige Sozialstaatsfinanzierung einzuwenden – sie zahlen wenig und haben teil am politischen Nutzen der Sozialpolitik. Der Bund zahlt zwar mehr, partizipiert aber noch stärker am politischen Vorteil der Sozialpolitik, die bei den Wählermassen bekanntlich sehr beliebt ist. In diesem Politikfeld wirkt der Föderalismus demnach nicht als Schranke der Staatstätigkeit.

nanzieren können. Sie müssen vielmehr auf das Steueraufkommen zurückgreifen oder sich verschulden, was weitere hohe Folgekosten nach sich zieht. Hinzu kommt, dass die volkswirtschaftliche Steuerquote, also der Anteil der Steuern am Sozialprodukt, in Deutschland nur vorübergehend und nur verhalten gestiegen ist. Die Finanzierung der steigenden Staatsausgaben in Deutschland erfolgte hauptsächlich aus steigenden Sozialbeiträgen und aus zunehmender Staatsverschuldung.³¹ Somit blieb aber der Einnahmerahmen für die Länderhaushalte eng – auch wenn der zunehmende Anteil der Länder am Steueraufkommen die ärgste Not linderte.³² Entsprechend eng war der Spielraum für die Bildungsfinanzen.

Die Bildungsausgaben in Deutschland stehen somit in direkter und besonders harter Konkurrenz um knappe, überwiegend steuerfinanzierte Haushaltsmittel der Länder. Hinzu kommt die Konkurrenz mit landespolitisch wichtigen bodenständigen Politikfeldern, vor allem mit Polizei und Sicherheit, Landwirtschaft, regionaler Wirtschaftsförderung und sozialpolitischen Aufgaben der Länder und Kommunen. Konkurrenz besteht zudem zwischen Bildungsausgaben und den Finanzmitteln, die für Zins und Tilgung der Staatsschulden anfallen. Und ferner gerät die Bildungsfinanzierung in Gefahr, unter die Räder der Finanzierung der Sozialpolitik zu geraten, die mit 27 Prozent des Sozialproduktes³³ das rund Sechsfache der Bildungsausgaben konsumiert – eine Lücke zwischen Sozial- und Bildungspolitik, die in Deutschland besonders groß ist.³⁴

All dies bremst die Bildungsfinanzen. Besonders kräftig greifen die Bremsen, wenn die Wirtschaft schwächelt und die Steuereinnahmen nur langsam wachsen, stagnieren oder schrumpfen. Der Spielraum für eine deutliche Steigerung der Bildungsausgaben wird allerdings größer in Perioden raschen Wirtschaftswachstums mit hohem Steueraufkommen sowie zunehmendem Länderanteil am Steueraufkommen. Das war von der Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre der Fall. Größer wird dieser Spielraum zudem durch zunehmende direkte finanzielle Beteiligung von dritter Seite – seien es Private oder der Bund.

Beim Kampf um knappe Mittel ist das Bildungswesen aber, das muss im selben Atemzug gesagt werden, in einer ungünstigen Position, sofern es nicht von einem Schutzpatron auf Bundesebene politisch Rückendeckung bekommt. Ohne diese Unterstützung kann das Bildungswesen beim Kampf um knappe Finanzmittel nur schwer

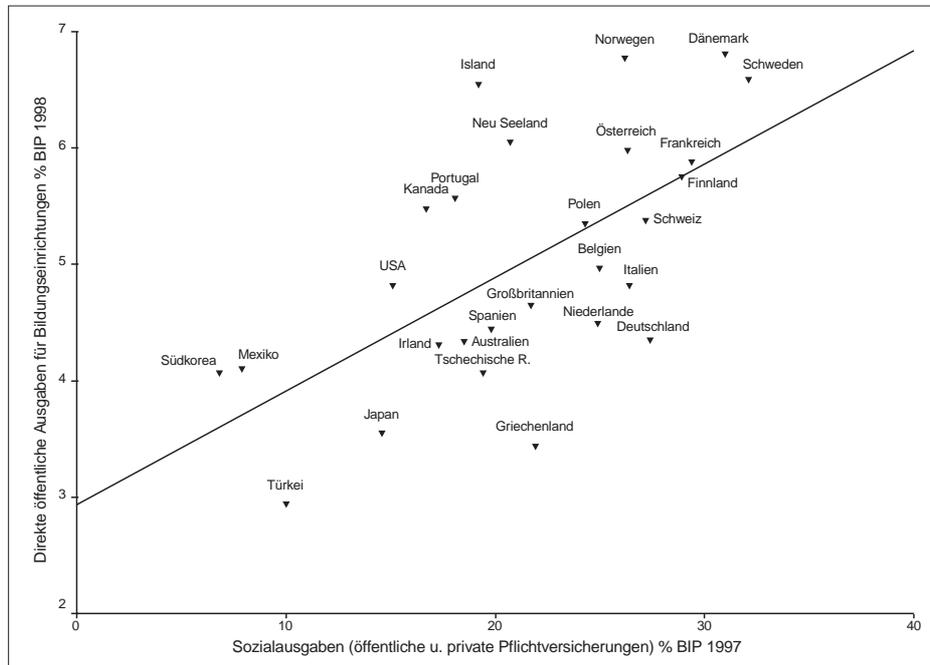
31 Der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt hingegen stieg nur in geringem Maße – von 23 Prozent 1965 auf den Höchststand von 24,9 Prozent 1989 und nahm zwischen 1994 und 1998 wieder leicht ab. Vgl. BMWi (1982: 104), BMWi (1990: 106), Institut der Deutschen Wirtschaft (2001).

32 Er wuchs von 29,8 Prozent 1960 auf 40,6 Prozent im Jahre 2000. Quelle: Bundesministerium für Finanzen (http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage_5892.)

33 Gemäß der OECD-Statistik der Sozialleistungsquote einschließlich der privat erbrachten Pflichtleistungen wie die gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1997. Quelle: OECD (2001c). Erheblich höhere Werte ermittelt die Sozialbudgetrechnung des Bundesarbeitsministeriums. Den Sozialbudgetdaten zufolge lag die Sozialleistungsquote 1997 bei 34,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 1997: 278).

34 Nur in Griechenland ist die Zahlenrelation zwischen öffentlicher Bildungsausgabenquote und Sozialleistungsquote noch ungünstiger als in der Bundesrepublik Deutschland – ein weiterer schlagender Beweis für die sträfliche Vernachlässigung der Bildung hier zu Lande (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Bildungsausgabenquote und die Sozialleistungsquote



$$r = 0.62$$

mithalten, weil seine politischen Machtressourcen relativ gering sind. Der Unterschied zur Alterssicherungspolitik oder zur Gesundheitspolitik zeigt es: Die Marktmacht des Bildungswesens ist geringer, da geht es nur um 4,35 Prozent, bei den Gesundheitsausgaben und der Alterssicherung um jeweils mehr als 10 Prozent des Sozialproduktes. Die Verbändemacht des Bildungswesens ist ebenfalls schwächlich. Zudem fehlt ihm die homogene Wählerstimmenmacht: Die meisten Professoren wählen schwarz oder gelb; die meisten Lehrer im Westen rot oder grün, die im Osten rot oder dunkelrot, wenn sie überhaupt zur Wahl gehen; die Angestellten und Beamten der Bildungsverwaltung verteilen sich größtenteils auf Union und SPD, und die Studierenden schwanken in ihrem Wahlverhalten wie das Rohr im Wind.

6. Bilanz

Die Erkundung der Gründe für Deutschlands nur mäßig hohe Bildungsausgabenquote legt nach dem derzeitigen Erkenntnisstand folgende Ursachen offen:

1. eine überdurchschnittlich hohe private Bildungsausgabenquote,
2. die unterdurchschnittliche Stärke der Altersklassen im Ausbildungsalter,
3. die gedämpfte Bildungsbeteiligung im tertiären Bildungsbereich,
4. mittelbare Effekte der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung,

5. die mittlere Gewerkschaftsmacht und die (von Gewerkschaften und Arbeitgebern) gepflegte Tradition, vor allem den mittleren Qualifikationssektor im Schulwesen und in der beruflichen Bildung zu fördern,
6. die parteipolitische Färbung der Regierungen,
7. die Konkurrenz zweier großer Sozialstaatsparteien, die bei knappen Finanzmitteln Vorfahrt vor allem für die Sozialpolitik geben,
8. ein Föderalismus, der die Bildungsfinanzen auf Grund der Finanzierungsstruktur der Länderhaushalte am kurzen Zügel führt, und
9. die Programmkonkurrenz um knappe öffentliche Mittel, in der das Bildungswesen auf Grund geringer Marktmacht, geringer Verbändemacht und geringer Wählerstimmenmacht oft den kürzeren zieht.

7. Ausblick

Sind bei der Entwicklung der Bildungsfinanzen größere Änderungen in Sicht? Die Antwort lautet: Nichts ist in der Politik unmöglich, aber vieles unwahrscheinlich.

Könnten vielleicht die privaten Bildungsausgaben zunehmen und mehr von der Mittelmäßigkeit der öffentlichen Finanzierung wettmachen? Das ist vorstellbar, denn Deutschland ist ein reiches Land, und viele seiner Bürger sind wohlhabend. Würden die privaten Bildungsinvestitionen steuerlich stärker gefördert, wären zusätzliche Ausgaben zu erwarten. Das allerdings – oder gar weiterführende Maßnahmen – ist nur richtig vorstellbar, wenn privatwirtschaftsfreundliche Regierungsparteien am Ruder sind. Doch die sind in Deutschland rar.

Und wie steht es um die staatliche Finanzierung des Bildungswesens? Dass die staatliche Finanzierung des Bildungswesens auf Expansion schaltet, kann nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden – zumal das Land dies schon einmal erlebt hat, nämlich in den 1960er und frühen 1970er Jahren. Vielleicht schreibt sich der Wahlsieger der Bundestagswahl von 2002 den Ausbau des Bildungswesens aufs Panier und tritt dafür ein, das Land für die Herausforderungen einer Informationsgesellschaft mit industriewirtschaftlichem Kern fit zu machen, unter anderem durch Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben.

Sonderlich wahrscheinlich ist eine solche Kehrtwende allerdings derzeit nicht, weil die Rahmenbedingungen ungleich ungünstiger als in den 1960er Jahren sind: Die Wirtschaft wächst schwach, die Gesellschaft altert, die Finanzpolitik hat die Grenzen der Abgabebereitschaft erreicht, und die Dynamik der Sozialpolitik sowie der Schuldendienst für die Staatsverschuldung drängen andere ausgabenintensive Politikfelder an die Wand. Ferner sind keine breiten Koalitionen in Sicht, die sich zur besseren Ausstattung des Bildungswesens durchringen könnten und bereit wären, sie gegen Widerstreit und hohe Hindernisse durchzufechten.

Gewiss: Ein solcher Gang wäre eine große Herausforderungen – für Wähler, Steuerzahler und Politiker. Doch Herausforderungen sind zugleich Zeiten der Bewährung. Nun kann der, der was kann, zeigen, was er kann.

Literatur

- BMWi (Der Bundesminister für Wirtschaft), 1982: Leistung in Zahlen '80, Bonn.
- BMWi 1990: Leistung in Zahlen '89, Bonn.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), 1998: Sozialbericht 1997, Bonn.
- Castles, Francis G., 1998: Comparative Public Policy: Patterns of Post-War Transformation, Cheltenham.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), 2001: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.
- Heidenheimer, Arnold J., 1981: Education and Social Security Entitlements in Europe and America, in: Flora, Peter/Heidenheimer, Arnold J. (Hrsg.), The Development of Welfare States in Europe and America, New Brunswick/London, 269–306.
- Heidenheimer, Arnold J., 1994: Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Japan und der Schweiz: „Innenpolitische“ Staatsaufgaben im Wandel, in: Grimm, Dieter (Hrsg.), Staatsaufgaben, Frankfurt a.M., 585–612.
- Hetmeier, Heinz-Werner/Weiß, Manfred, 2001: Bildungsausgaben, in: Böttcher, Wolfgang/Klemm, Klaus/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.), Bildung und Soziales in Zahlen. Statistisches Handbuch zu Daten und Trends im Bildungsbereich, Weinheim/München, 39–55.
- Institut der Deutschen Wirtschaft, 2001: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln.
- Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe (Hrsg.), 2000: Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen, Frankfurt a.M.
- OECD, 1985: Social Expenditure 1960–1990. Problems of growth and control, Paris.
- OECD, 1994: OECD Jobs Study, Bd. 2, Paris.
- OECD, 2001a: OECD in Figures – Statistics on Member Countries, 2001 edition, Paris.
- OECD, 2001b: Education at a Glance. OECD Indicators. 2001 edition, Paris 2001.
- OECD, 2001c: Social expenditure data base, CD-ROM, Paris.
- Olson, Mancur, 1982: The Rise and Decline of Nations, New Haven/London.
- Rieger, Elmar/Leibfried, Stephan, 1999: Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik in Ostasien. Der Einfluß von Religion im Kulturvergleich, in: Schmidt, Gert/Trinczek, Rainer (Hrsg.), Globalisierung. Soziale Welt Sonderband 13, Baden-Baden, 413–499.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2001: Neuregelung des Länderfinanzausgleichs in Deutschland. Konzeptionelle Überlegungen und finanzielle Auswirkungen, Wiesbaden, 20. Juni 2001.
- Schmidt, Manfred G., 1980: SPD und CDU an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt a.M.
- Schmidt, Manfred G., 2001: Einleitung, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil, Opladen, 7–32.
- Schmidt, Manfred G., 2002 (i.E.): Parteien und Staatstätigkeit, in: Gabriel, Oscar/Niedermeyer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Berlin.
- Schmidt, Pascal, 1999: Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschland im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung, in: Wirtschaft und Statistik 5, 406–414.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1999: Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2001: Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer. Ausgabe 2000, Stuttgart.